

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Führer. 1933-1936 1936

88 (28.3.1936) Badischer Staatsanzeiger

Das badische Land

Wieder geordnete Finanzen in Singen

Nach neun Jahren wieder vollen Haushaltsausgleich — Die Fehlbeträge früherer Jahre gedeckt

(Eigener Bericht des „Führer“)

Singen (Sohemim), 27. März. Nun liegt auf dem Ratshaus der aufsichtsbekundlich genehmigte und daher vollstreckbare Haushaltsplan der Stadt Singen für das Rechnungsjahr 1936 öffentlich auf. Mit großer Genugung kann festgestellt werden, daß nach einem Zeitraum von fast zehn Jahren es in diesem zum ersten Male wieder möglich war, in allen Abteilungen einen vollkommenen Ausgleich zu erzielen. Der letzte häßliche Voranschlag, der in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen war, war der vom Jahre 1927, in der Zeit als wir mitten in der Hochkonjunktur der Zeit nach dem Kriege standen.

Der Haushaltsplan der Stadthauptkasse formte für 1936 in Einnahmen und Ausgaben mit je 1.875.523 Mark ausgleichend werden im ordentlichen Haushalt und im außerordentlichen mit 425.908 Mark. Die Haushaltspläne der Nebentassen und Schulverbandskassen sehen vor im ordentlichen Haushalt: Krankenhaus 420.120 Mark und im außerordentlichen 50.810 Mark, Betriebskassen (Wasserwerk, Schlachthaus, Fuhrpark, Müllabfuhr) im o. d. 219.296 und im a. o. d. 65.680 Mark, die Schulverbandskassen 35.758 Mark. Für die Häuserbaukasse fließt der Voranschlag im ordentlichen Haushalt in Einnahmen mit 285.985 Mark und in Ausgaben mit 242.741 Mark ab, im außerordentlichen Haushalt mit 165.224 und 158.418 Mark. Das Wort Ausgleich ist hier so zu verstehen, daß die laufenden Einnahmen mit Einschluß jener aus der Grund- und Gemeindefiskal der Ausgaben mitläßt den Vorbelastungen infolge von Rechnungsfehlbeträgen früherer Jahre deckt. Diese Fehlbeträge aus früheren Jahren sind teils durch Umschuldung kapitalisiert, teils aus Wirtschaftsoberschüssen der Rechnungsjahre 1933 bis 1935 getilgt; daher ist das Haushaltsjahr 1936 im Gegensatz zu den Vorjahren vollkommen frei von Vorbelastungen. Dank der fast völligen Beseitigung der Arbeitslosigkeit und einer glänzenden Entwicklung der Steuern hat sich die Finanzlage der Stadt Singen, die bei der Machtübernahme der nationalsozialistischen Bewegung vor drei Jahren eine der am meisten verschuldeten Städte des Deutschen Reiches war, überaus gehoben.

Welch gigantische Arbeit Herr Bürgermeister Herzfeld mit seinen Ratsherren geleistet hat, beleuchten am besten folgende Zahlen: In den Jahren 1925 bis 1932, also vor dem nationalsozialistischen Regime, war ein Wirtschaftsfehlbetrag von 1.267.016 Mark entstanden. Dieser wurde nun getilgt durch Wirtschaftsoberschüsse 1924 = 200.000 Mark, 1925 = 120.249 und 1933 = 621.874 Mark, durch Kapitalaufnahme 175.000 Mark, durch Umschuldung von Ausgabeverbindlichkeiten (Kapitalzinsen, Umlage- und Ertragsbeiträge) 250.893.

Der ungedeckte Bedarf, der bekanntlich auf die Steuerwerte und den Gewerbeertrag der Grund- und Gewerbesteuer umgelegt wird, beläuft sich auf 555.470 Mark. Wir bemerken dabei, daß von den Höhepunkten der Stadthauptkasse mit 1.875.523 Mark insgesamt 1.875.008 Mark, d. h. volle 78 Prozent auf Steuern entfallen; Singen hat nämlich fast gar keinen Wadbeitz und auch keinerlei sonstiges Vermögen. In allen Hauptabschnitten des Haushaltsplanes — ausgenommen Jagd, Fischerei und Steuern — übersteigen die Einnahmen, so daß die Mark 1.128.078. — Mehrausgaben nahezu ausschließlich durch Steuern aufgebracht werden müssen. Weiter sei erwähnt, daß der Zuschuß für die Wohlfahrtsverwaltung abermals eine nicht unbedeutende Entlastung erfährt und zwar um 27.877 Mark.

Das sehr umfangreiche Straßen- und Kanalbauprogramm 1936 sieht eine Reihe von Neuanlagen und Verbesserungen vor. In erster Linie wird die Adolf-Hitler-Straße aus- und der Bahnhofsplatz sowie die Bahnhofsstraße umgebaut. Nach der Fertigstellung wird der Bahnhofsplatz in „Wilhelm-Gustloff-Platz“ umgetauft. Das Ach-Hilfsbad geht allmählich seiner Vollendung entgegen; im außerordentlichen Haushalt sind für das laufende Jahr 36.000 Mark vorgesehen. Wenn die Stadtverwaltung auch kein großes Arbeitsbeschaffungsprogramm aufstellen kann, weil sie keine Schulden machen, sondern sich nach der Decke strecken muß, so konnten in den Haushaltsplan doch immerhin für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen 407.237 Mark eingelegt werden. Für den sachlichen Bedarf der übrigen Verwaltung und der Schulen sind 880.000 Mark in Ansatz gebracht.

Schwer feiert die Stadtverwaltung unter dem Schutze der Idendie. Der Zinsendienst erfordert 1936 einen Aufwand von 524.223 Mark, die Tilgung einen solchen von 239.085 Mark; dazu kommen noch die Aufwertungsbeiträge im Betrage von 20.060 Mark. Am 31. März 1936 beläuft sich der Schuldenstand auf 12.682.656 Mark. Trotz beträchtlicher Entlastung der Passivzinsen werden

mehr als ein Viertel aller Einnahmen zur Deckung der Zins- und Tilgungsraten benötigt. Im kommenden Jahr (1937) wird diese Belastung, wenn die Schuldentilgung an den Umschuldungsverband deutscher Gemeinden in voller Höhe von 3 Prozent geleistet werden muß, um rund 114.300 Mark härter sein als im laufenden Jahr. Neue Schulden will die Stadtverwaltung nicht mehr machen, daher wird die verhärtete Tilgung voll wirksam sein und nur auf diesem Wege wird es möglich sein, die Stadt im Laufe von zwei Jahrzehnten aus ihrer Schuldenfessel zu befreien. Aus diesen kurzen Strichen erhellt, daß es nun auch in Singen auf- und vorwärts geht und das danken wir der tüchtigen und gewissenhaften Leitung unserer Stadtverwaltung.

Eisenbahnbeamte schicken 300 Arbeiter in Urlaub

Ludwigsb., 27. März. Die Eisenbahnbeamten der Pfalz stellen ihren Kameradschaftsgeist dadurch unter Beweis, daß sie 10.000 RM. zur Verfügung stellen, um 300 Arbeiter-Familienväter mit der NSD, „Kraft durch Freude“ in Urlaub zu schicken. Die Pfälzer Eisenbahner haben seit etwa drei Jahren 850.000 RM. an Darlehen aufgebracht, ausschließlich der Spenden des einzelnen bei den sonstigen Sammlungen. Durch die Spende von 10.000 RM. ist es möglich, im kommenden Sommer 300 Arbeitern einen Urlaub und ein zusätzliches Taschengeld zu gewähren.

Karlsruhe, 27. März. Das „Jahr des Jungvolks“ hat zum Ziele, alle im Alter von 10—14 Jahren stehenden deutschen Jungen und Mädchen bis Ende dieses Jahres im Jungvolk zu erfassen.

Die Hitlerjugend des Gebietes Baden hat diese vom Reichsjugendführer gestellte Aufgabe, als erste im Reich, bereits verwirklicht. Von rund 74.000 im Jungvolk fassbaren Volksschülern sind 72.000 im Jungvolk erfasst. Dazu kommen noch weitere 12.000 Pimpfe, die höhere Schulen besuchen. Insgesamt gehören heute im Gebiet Baden 98 Prozent aller jugendlichen dem Jungvolk an.

Badische Beamte voran!

Der Gauwarter im Reichsbund der Deutschen Beamten, Parteigenosse R. Rauch, richtete an die Beamten im Gau Baden zur Wahl folgende Worte:

Stolz und voller Dankbarkeit bekennt sich das deutsche Volk am 29. März einmütig zu seinem Führer. Er erkämpfte Deutschland in einem unvergleichlichen Aufstieg in drei geschichtlichen Jahren Ehre und Freiheit wieder.

Meine Berufskameraden! Bei der tiefen Gefolgschaftstreue, die den deutschen Beamten mit dem Führer unverbrüchlich verbindet, bedarf es keiner besonderen Aufforderung, am 29. März die selbstverständliche

Pflicht zu erfüllen. Wie jedem Deutschen, so wurde Adolf Hitler auch der Retter des Berufsbeamten. Freude am täglichen Wirken in den Amtsstuben ist wieder eingeleitet. Der Staatsdiener von einst wurde der Diener des Volkes von heute und morgen, der an dem großen Werk der Erneuerung opferbereit mitarbeitet. Der deutsche Beamte erhielt seinen Platz in der Volksgemeinschaft zurück, der ihm von einem blutsfremden System genommen worden war.

Ich rufe die Beamten im Gau Baden auf, allen Volksgenossen beispielhaft voranzugehen und als Kämpfer des Führers in vorderster Front zu stehen.

Badische Frauen!

Wir stehen am Abschluß der Wahlvorbereitungen. Die badischen Frauen empfinden es am 29. März als Glück und Ehre, dem Führer ihre unverbrüchliche Treue durch ein „Ja“ bekunden zu dürfen. Badische Mütter! denkt daran:

In der starken Hand des Führers ist die Zukunft eurer Kinder gesichert!

Elfa v. Falk,
Gaufrauenführerin.

Hund in Schafherde eingebrochen

Mehrkirch, 27. März. Am Mittwoch brach in eine Schafherde des Schafhalters Reichmann vom Grünfelderhof, Volk, Amt Mehrkirch, die in der Nähe von Rodolfzell Weide bezogen hatte, ein Hund ein und richtete unter den Schafen ein fürchterliches Blutbad an.

Er ritz etwa 50 Schafe an, von denen die Hälfte sofort totgeschlagen werden mußte. Auch von dem übrigen Teil muß aller Wahrscheinlichkeit nach eine große Zahl getötet werden. Da sich unter den getöteten Schafen viele hochträgliche Muttertiere befanden, erleidet der Besitzer desto empfindlicheren Schaden. Man beziffert ihn auf etwa 4000 RM. Der wütende Hund gehört in eine Metzgerei nach Singen.

Die NSD schafft Kindertagesstätten



Die NSD hat auch in unserem Gau zahlreiche Kindertagesstätten gegründet. Hier werden die Kinder den ganzen Tag über von Kindergärtnerinnen betreut und zu echten deutschen Menschen erzogen. — Unser Bild zeigt den Reichshattholter und Gauleiter, Hg. Robert Wagner, bei der Besichtigung der NSD-Kindertagesstätte in Raibach.

Badischer Staatsanzeiger

Folge 37

28. März 1936

Amtliche Bekanntmachungen

Annahme von Anwärtern für den gehobenen mittleren Dienst der badischen inneren Staatsverwaltung.

Am Laufe dieses Frühjahrs werden außer Verordnungsanwärtern bis zu 10 Anwärtern für den gehobenen mittleren Dienst der badischen inneren Staatsverwaltung (Verwaltungsanwärtern) aufgenommen. Die Anwärter sollen das 20. Lebensjahr nicht überschritten haben. Sie müssen aktiver Angehöriger sein, einwandfreien Rezensit besitzen, rüchtdienstlos für den nationalsozialistischen Staat eintreten, der gesundheitlichen Anforderungen entsprechen und mindestens die Reife für Unterprima einer höheren Lehranstalt mit guten Schulzeugnissen besitzen. Die Bewerber haben ihre Gesuche bis spätestens 15. April 1936 bei dem Bezirksamt einzubringen, bei dem sie zum Vorbereitungsdienst eingekürtet wünschen. Nähere Auskunft über die sonstigen Voraussetzungen für die Einberufung sowie über die Aufnahmebedingungen bezuzulegenden Nachweise erteilen die Bezirksämter. Unmittelbare Eingaben an das Ministerium und persönliche Vorarbeiten beim Ministerium sind zu unterlassen. Die Anwärter der Verordnungsämter einzubehaltenden Prüfen werden im allgemeinen eine Entscheidung über die Bewerberungsgesuche nicht vor Monat Mai möglich machen.

Karlsruhe, den 26. März 1936.

Der Minister des Innern.

*

Bekanntmachung.

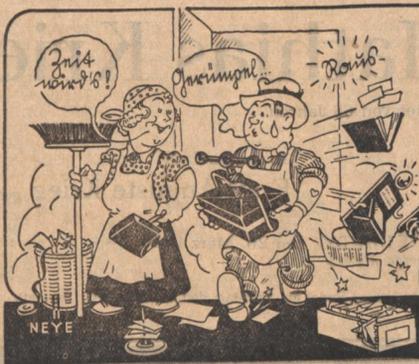
Errichtung der Bezirksärztl. Stelle II in Emmendingen.

Auf 1. April 1936 wird die Bezirksärztl. Stelle II in Emmendingen mit dem dienstlichen Wohnsitz für den Stelleninhaber in Badstsch errichtet. Der Bezirksärztl. Stelle II werden die Gemeinden des Amtsbezirks Badstsch zugeteilt.

Karlsruhe, den 26. März 1936.

Der Minister des Innern.

Pressegesetzlich verantwortlich: Adolf Schmidt, Karlsruhe



Entwürfen Sie Ihre Listen

von unzeitgemäßen, unwirtschaftlichen Arbeitsmethoden und setzen Sie an deren Stelle die neuzeitliche Adrema-Arbeit. Sie ist wirtschaftlich und zuverlässig, schafft Ordnung und Uebersicht, verhütet Fehler und erhöht die Schlagfertigkeit. Adrema leistet von der einfachen Adressierung bis zur Aufstellung umfangreicher Listen und statistischer Auszüge alles, was in der Werbung, Buchhaltung, im Versand und im Lohnbüro wertvolle menschliche Kräfte an mechanische Arbeiten bindet, die einfacher und schneller von der Adrema bewältigt werden können.



Druckschrift 019 und Vorschläge kostenlos und unverbindlich

MASCHINENBAUGES. M. B. H. BERLIN NW. 87